



Gültig ab: 15.09.2023
Gültigkeit bis: fortlaufend

Fachliche Weisungen

Reha/SB

Neuntes Buch Sozialgesetzbuch – SGB IX

§ 151 SGB IX Geltungsbereich

Gültig ab: 15.09.2023
Gültigkeit bis: fortlaufend

Änderungshistorie

Aktualisierung zum 15.09.2023

Die Fachlichen Weisungen wurden vor dem Hintergrund der „Weisung 202305002 vom 10.05.2023 - Schutz der Sozialdaten von aktiven und ehemaligen Beschäftigten der BA in den operativen Fachverfahren der BA“ aktualisiert (siehe Nr. 2 Abs. 2).

Aktualisierung zum 01.06.2021

Die Fachlichen Weisungen wurden überarbeitet. Wesentliche inhaltliche Änderungen sind:

- Die Verwendung des Schutzkennzeichens „M“ wurde für das Gleichstellungsverfahren anlassbezogen in den Fachlichen Weisungen beschrieben (siehe Nr. 2 Abs. 2).
- Erweiterung des von der Sonderform der Gleichstellung erfassten Personenkreises (siehe Nr. 4 Abs. 2).

Aktualisierung zum 20.12.2017

Die Fachlichen Weisungen wurden vor dem Hintergrund des Inkrafttretens des Bundesteilhabegesetzes zum 01.01.2018 redaktionell angepasst.

Gültig ab: 15.09.2023
Gültigkeit bis: fortlaufend

Gesetzestext

§ 151 SGB IX Behinderte Menschen

(1) Die Regelungen dieses Teils gelten für schwerbehinderte und diesen gleichgestellte behinderte Menschen.

(2) ¹Die Gleichstellung behinderter Menschen mit schwerbehinderten Menschen (§ 2 Absatz 3) erfolgt auf Grund einer Feststellung nach § 152 auf Antrag des behinderten Menschen durch die Bundesagentur für Arbeit. ²Die Gleichstellung wird mit dem Tag des Eingangs des Antrags wirksam. ³Sie kann befristet werden.

(3) Auf gleichgestellte behinderte Menschen werden die besonderen Regelungen für schwerbehinderte Menschen mit Ausnahme des § 208 und des Kapitels 13 angewendet.

(4) ¹Schwerbehinderten Menschen gleichgestellt sind auch behinderte Jugendliche und junge Erwachsene (§ 2 Absatz 1) während der Zeit einer Berufsausbildung in Betrieben und Dienststellen oder einer beruflichen Orientierung, auch wenn der Grad der Behinderung weniger als 30 beträgt oder ein Grad der Behinderung nicht festgestellt ist. ²Der Nachweis der Behinderung wird durch eine Stellungnahme der Agentur für Arbeit oder durch einen Bescheid über Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erbracht. ³Die Gleichstellung gilt nur für Leistungen des Integrationsamtes im Rahmen der beruflichen Orientierung und der Berufsausbildung im Sinne des § 185 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe c.

Gültig ab: 15.09.2023
Gültigkeit bis: fortlaufend

Inhaltsverzeichnis

1.	Rechtliche Einordnung	5
2.	Verfahren	5
3.	Wirksamwerden.....	6
4.	Sonderform der Gleichstellung.....	7



Gültig ab: 15.09.2023
Gültigkeit bis: fortlaufend

1. Rechtliche Einordnung

In § 151 Abs. 2 SGB IX ist das Verfahren der Gleichstellung geregelt. Die Voraussetzungen, bei deren Vorliegen eine Gleichstellung erteilt wird, sind in § 2 Abs. 3 SGB IX normiert (siehe hierzu [Fachliche Weisungen zu § 2 SGB IX](#)).

2. Verfahren

(1) Der Antrag auf Gleichstellung kann formlos gestellt werden. Bei persönlicher und telefonischer Antragstellung ist das Datum festzuhalten.

Antragstellung

Der Antrag auf Gleichstellung kann auch elektronisch über den eService „Gleichstellungsantrag“ gestellt werden.

Bei Antragstellung bzw. Antragseingang ist in den IT-Fachverfahren STEP und VerBIS jeweils ein Datensatz zu erfassen bzw. der bestehende Datensatz auf Aktualität zu prüfen.

STEP/VerBIS

(2) Wird beim Anlegen bzw. der Bearbeitung eines Datensatzes bekannt, dass die Antragstellerin bzw. der Antragsteller eine Mitarbeiterin bzw. ein Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist oder war, ist unverzüglich eine Kennzeichnung des Datensatzes in STEP als BA-Mitarbeiter (Schutzkennzeichen „M“) und damit eine Zugriffsbeschränkung zu veranlassen. Gleiches gilt, wenn es sich um eine kommunale Beschäftigte bzw. einen kommunalen Beschäftigten in einer gemeinsamen Einrichtung handelt.

Schutz von Mitarbeiterdatensätzen

Hinweise zur Durchführung der Schutzkennzeichnung sowie zur Kennzeichnung von Personendatensätzen mit dem Schutzkennzeichen „M“ sind in der [Arbeitshilfe „STEP Schutzkennzeichnung“](#) zusammengefasst. Eine in STEP vorgenommene Kennzeichnung wirkt sich auf die Datensätze aller operativen Fachverfahren (wie beispielsweise VerBIS) aus.

Durchführung der Schutzkennzeichnung

Die Kennzeichnung in STEP kann nur von Personen vorgenommen werden, die über das Zusatzrecht (M) „BA-Mitarbeiter bearbeiten“ verfügen. Entsprechende Verantwortlichkeiten sind unter Berücksichtigung des fachlichen [Berechtigungskonzeptes STEP](#) für die jeweilige Organisationseinheit in dezentraler Verantwortung festzulegen.

Zusatzrecht „M“

Die Schutzkennzeichnung „BA-Mitarbeiter“ darf nur entfernt werden, soweit sie fälschlicherweise gesetzt wurde. Die Aufhebung der Schutzkennzeichnung muss beim Identity Management des Regionalen Infrastrukturmanagements (RIM) per verschlüsselter E-Mail unter Angabe der hierfür notwendigen Daten beauftragt werden (siehe [Weisung 202305002 vom 10.05.2023](#), Anlage 7). Der Auftraggeber muss für die Beauftragung über die Zusatzberechtigung „M“ verfügen.

Entfernung der Schutzkennzeichnung „M“



Gültig ab: 15.09.2023

Gültigkeit bis: fortlaufend

(3) Die entscheidungsrelevanten Tatsachen sind mit Antragsvordruck zu erheben. Der Feststellungsbescheid nach § 152 Abs. 1 SGB IX über Art und Grad der Behinderung (bzw. die anderweitige „Feststellung“ nach § 152 Abs. 2 SGB IX) ist in Kopie vorzulegen.

(4) Ein Grad der Behinderung (GdB) von weniger als 50, aber wenigstens 30, ist materiell-rechtliche Voraussetzung für eine Gleichstellung.

**GdB von weniger als
50, aber wenigstens
30**

(5) Nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 31.07.2014 - 2 AZR 434/13 - können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Verfahren zur Feststellung der Behinderung (§ 152 Abs. 1 SGB IX) und ein Gleichstellungsverfahren von Beginn an parallel betreiben, insbesondere können sie den Gleichstellungsantrag bei der BA vorsorglich für den Fall stellen, dass der Antrag auf Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft wegen eines GdB unter 50 bei der hierfür zuständigen Stelle erfolglos bleiben sollte. In diesen Fällen ist die Bearbeitung des Gleichstellungsantrags zurückzustellen (d.h. Antrag ist ruhend zu stellen) und der Ausgang des Verfahrens bis zu einer bestandskräftigen Entscheidung der zuständigen Stelle abzuwarten. Es obliegt dem Antragsteller im Rahmen seiner Mitwirkungspflichten nach §§ 60 ff. SGB I, alle für das Gleichstellungsverfahren erheblichen Tatsachen anzugeben bzw. nachzuweisen. Dazu gehören auch Entscheidungen im „vorgelagerten Verfahren“ zur Feststellung des GdB (z. B. Entscheidung der hierfür zuständigen Stelle, Einlegen von Rechtsmitteln).

**Fälle vorsorglicher
Antragstellung**

(6) Hat die zuständige Stelle den Antrag auf GdB abgelehnt oder einen GdB von unter 30 anerkannt, ist die Gleichstellung ohne weitere Prüfung abzulehnen. Wird bekannt, dass der Antragsteller gegen den zugrundeliegenden Bescheid zur Feststellung des Grades der Behinderung Rechtsmittel eingelegt hat, ist die Bearbeitung des Antrags zurückzustellen und der Ausgang dieses Verfahrens bis zu einer bestandskräftigen Entscheidung abzuwarten.

**Ablehnung mangels
Voraussetzung (GdB)**

(7) Für die Dokumentation und Abbildung des Gleichstellungsvorganges sind die entsprechenden Funktionen im IT-Fachverfahren VerBIS zu nutzen. Näheres regelt die [VerBIS-Arbeitshilfe „Rund um Behinderungen und Teilhabe“](#).

**Dokumentation in
VerBIS**

3. Wirksamwerden

(1) Die Entscheidung über die Gleichstellung wirkt grundsätzlich auf den Tag, an dem der Antrag bei der Agentur für Arbeit eingeht, zurück. Die Rückwirkung der Gleichstellung für die Zeit ab dem Tag der Antragstellung setzt voraus, dass die Rechts- und Sachlage bereits zu diesem Zeitpunkt eine Gleichstellung rechtfertigte und in der Folgezeit die Voraussetzungen für eine Gleichstellung nicht entfallen sind (siehe Urteil des Bundessozialgerichts vom 02.03.2000 – B 7 AL 46/99 R).

**Rückwirkung der
Gleichstellung**



Gültig ab: 15.09.2023

Gültigkeit bis: fortlaufend

(2) Zum Wirksamwerden des besonderen Kündigungsschutzes nach § 168 SGB IX hat das Bundesarbeitsgericht mit Urteil vom 01.03.2007 - 2 AZR 217/06 - entschieden, dass dieser nur bei solchen Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmern greift, die bei Zugang der Kündigung bereits gleichgestellt sind oder einen Antrag auf Gleichstellung mit einem schwerbehinderten Menschen mindestens drei Wochen vor Zugang der Kündigung gestellt haben.

**Wirksamwerden des
besonderen Kündi-
gungsschutzes**

(3) Die Gleichstellung erfolgt grundsätzlich unbefristet, wenn erkennbar ist, dass die Antragstellerin bzw. der Antragsteller dauerhaft auf die Gleichstellung bzw. ihren Schutz angewiesen sein wird. Sie kann bei konkreten Anlässen befristet werden (z. B. bei befristetem Feststellungsbescheid der zuständigen Stelle oder Ablauf einer Arbeits-erlaubnis).

**Befristung der
Gleichstellung**

4. Sonderform der Gleichstellung

(1) Die Gleichstellung nach § 151 Abs. 4 SGB IX erfolgt ohne eigenes förmliches Verfahren und tritt bei Vorliegen der Voraussetzungen kraft Gesetz ein.

**Gleichstellung nach
§ 151 Abs. 4 SGB IX**

(2) Die gesetzliche Gleichstellung erstreckt sich auf behinderte Jugendliche und junge Erwachsene (§ 2 Abs. 1 SGB IX) während der Zeit ihrer Berufsausbildung in Betrieben und Dienststellen oder einer beruflichen Orientierung. Dies gilt unabhängig davon, ob ein GdB von 40, 30 oder 20 vorliegt oder ein GdB (noch) nicht festgestellt ist.

Personenkreis

(3) Die Gleichstellung setzt eine Behinderung i. S. d. § 2 Abs. 1 SGB IX voraus. Soweit die Behinderung oder die drohende Behinderung nicht durch vorliegende Gutachten ausreichend nachgewiesen oder nicht offenkundig ist, sind zu deren Feststellung die Fachdienste der BA (Ärztlicher Dienst und/oder Berufspsychologischer Service) einzuschalten. Die Behinderung wird von der Beraterin bzw. dem Berater für berufliche Rehabilitation und Teilhabe formlos bestätigt.

**Feststellung einer Be-
hinderung i.S. § 2
Abs. 1 SGB IX**

Handelt es sich um einen „anerkannten Rehabilitanden“, ist bereits im Rahmen § 19 SGB III - einer spezialgesetzlichen Regelung zu § 2 Abs. 1 SGB IX - eine Behinderung festgestellt. Es bedarf somit keiner weiteren Feststellung. Der Nachweis der Behinderung kann unmittelbar durch den Bescheid über Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erbracht werden.

**Anerkannte Rehabili-
tanden**

(4) Die Sonderform der Gleichstellung nach § 151 Abs. 4 SGB IX bewirkt, dass das Integrationsamt

Wirkungsbereich

- Mittel aus der Ausgleichsabgabe zur Unterstützung der beruflichen Orientierung behinderter Jugendlicher einsetzen (Kofinanzierung von Berufsorientierungsmaßnahmen nach § 48 SGB III) und



Gültig ab: 15.09.2023

Gültigkeit bis: fortlaufend

- Arbeitgebern Leistungen nach § 185 Abs. 3 Nr. 2 Buchstabe c SGB IX (Prämien und Zuschüsse zu den Kosten der Berufsausbildung von behinderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen) gewähren kann.

Alle anderen besonderen Regelungen für schwerbehinderte Menschen finden keine Anwendung.